

Haushaltsrede 2024 / Sabine Leidig

StaVo 19.02.2024

Anrede

Wir beraten und beschließen heute darüber, wofür die Stadt Kassel in den kommenden 12 Monaten wieviel Geld ausgibt. Welche Stellen in der Verwaltung neu eingerichtet werden, wieviel Mittel für die Umsetzung von StaVo-Beschlüssen zur Verfügung stehen, ob Schulen, Bürgerhäuser oder Krankenhäuser erneuert werden können, ob Geld für Vorschläge aus den Ortsbeiräten da ist, für die vielen sozialen Einrichtungen, Initiativen und Vereine, für Kultur und Jugendarbeit, für die Daseinsvorsorge vom Wasser bis zur Feuerwehr ... Vieles kommt allen zu Gute, manches ist vor allem für die Mitmenschen wichtig, die nicht genug Einkommen haben, um gute Versorgung zu bezahlen. Das Lebensgefühl in einer Kommune hängt auch davon ab, wie gerecht und kulturvoll zugeht, wie soziales Miteinander und die gesellschaftliche Teilhabe entfaltet sind und nicht zuletzt, wie achtsam Natur und Umwelt behandelt werden.

Wir Linken wollen, dass Kassel eine Stadt für alle ist. Wir wollen mehr unbürokratische Hilfe für Menschen in finanzieller Not. Wir wollen die vielen Kasseler*innen, die mit anderen Sprachen aufgewachsen sind besser beteiligen. Wir wollen, dass die Initiative für demokratisches und solidarisches Gemeinwesen mehr bekommen, dass Mobilität für alle ermöglicht wird und dass der sozial-ökologische Umbau endlich mit großen Schritten vorangebracht wird. Dafür sollen die etwas mehr betragen, die ihren Gewinn auf öffentlicher Infrastruktur aufbauen.

Wir wollen Sicherheit in unsicheren Zeiten

Die R+V-Versicherung lässt seit 30 Jahren die »Ängste der Deutschen« erforschen. Die Studie von 2023 zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten und unbezahlbaren Wohnverhältnissen hat. Ganz ähnliche Daten liefert der Global Risk Report: Während im Zehnjahrestrend als größtes Risiko das Versagen im Umgang mit dem Klimawandel genannt wird, stehen beim Zweijahrestrend die Lebenshaltungskosten auf dem ersten Platz.

Die Verunsicherung ist im direkten Umfeld der Menschen angekommen. Die Angst vor sozialem Abstieg hat angesichts der Inflation mittlerweile breite Bevölkerungsschichten erfasst. Eine naheliegende politische Antwort wäre, die Löhne zu erhöhen sowie soziale und demokratische Infrastrukturen nachhaltig zu stärken. Doch das Gegenteil passiert: Die Bundesregierung hat einen Sparhaushalt vorgelegt, der in allen sozialen Bereichen herbe Einschnitte vorsieht. Sozialverbände wie die Caritas und die Diakonie schlagen Alarm und warnen, dass es zukünftig »kein soziales Netz« mehr geben könnte. Auch bei den Arbeitseinkommen gibt es zu wenig Bewegung und auch minimale Anhebung des Mindestlohns hat Kaufkraftverlust zur Folge. Das so genannte Wachstumschancengesetz soll die Kapitalseite entlasten, aber auf Kosten der öffentlichen Einnahmen, die um Milliarden schrumpfen werden – vor allem in den Kommunen.

Vor diesem Hintergrund wäre es nötig zu rebellieren, weil so viel auf dem Spiel steht.

Zumindest aber müssen wir alle Spielräume ausschöpfen, um soziale und ökologische Sicherheit für alle Bewohner*innen unserer Stadt zu stärken.

Deshalb haben wir beantragt, dass der Gewerbesteuer-Hebesatz moderat von 440 auf 460 Punkte angehoben wird. Damit kommen immerhin 8,6 Millionen Euro mehr Gewinn in die Stadtkasse – Geld das bitter nötig ist, um Armen unter die Arme zu greifen und um Demokratie und Allgemeinwohl zu stabilisieren.

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag sprechen Bände: Herr Nölke hat als Kämmerer der Rathaus-Koalition ganz tief in die Mottekiste des wirtschaftsliberalen Dogmatismus gegriffen: angeblich würde Kassel seinen Standortvorteil verlieren, weil gerade in etliche Umlandgemeinden höhere Gewerbesteuern erheben und gegen die stehe man in Konkurrenz. Nö Herr Nölke: umgekehrt wird ein Schuh draus: Jahrzehnte lang haben Neoliberale Rezepte dazu geführt, dass Kommunen und Staaten in Konkurrenz um Kapitalinvestoren Löhne und Steuern gedrückt haben. Im Ergebnis waren viele Städte und Gemeinden verschuldet und öffentliche Infrastruktur wurde kaputt gespart.

Wir sehen das hier in Kassel zum Beispiel an der Julius-Reuter-Berufsschule, die seit zwei Jahren wegen Baufälligkeit teilweise gesperrt ist. Und das, obwohl Fachkräfte allerorten fehlen.

Und mal ehrlich: was ist denn Tolles daran, wenn ein sagen wir mal Logistikunternehmen seine Lagerhallen auf Kasseler Gemarkung errichtet und nicht in Vellmar, Schauenburg oder Zierenberg.

Die Lkw rauschen so oder so durch die Stadt und die Menschen kommen aus dem Landkreis, um zu arbeiten oder einzukaufen. Da ist es doch viel sinnvoller für alle, wenn Gemeinden zusammen arbeiten statt gegeneinander.

Kapitalistische Konkurrenz taugt nicht als Rezept für Kommunen.

Die SPD-Fraktion hat unsere sozialpolitischen Anträge moniert, weil wir mit mehr Gewerbesteuer von gewinnträchtigen Unternehmen als Gegenfinanzierung vorschlagen. Das verstehe ich nicht. Sie wollen alles aus

den zu erwartenden Haushaltsüberschüssen bezahlen. Aber was ist, wenn es die gar nicht gibt?

Herr Augustin von der CDU hat sich darüber empört, dass die Linke mal wieder umverteilen will und den Reichen etwas nehmen. Damit würden die „Leistungsträger“ (seine Worte) geschröpft und würden bald unser Stadt den Rücken kehren.

Also echt! Was ist denn von Ihrer christlichen Grundhaltung – außer dem C noch übriggeblieben?? Den Reichen nehmen um den Armen zu geben ist doch ein prägendes Motto der christlichen Soziallehre! Und dann dies Phrase von den „Leistungsträgern“. Wer soll das denn sein? Die Aktionäre von Rheinmetall, die gar nicht so schnell kucken können, wie gerade ihre Dividendenkonto steigen? Warum nicht die Erzieherinnen und Lehrer in Schulen und Kitas, die mit Kreativität und Überstunden unter schwierigen Bedingungen die allseitige Entwicklung unserer Kinder fördern? Sie meinen wahrscheinlich eher die Geschäftsführer der IHK, die den Klimaschutzrat verlassen, wenn sie sich nicht durchsetzen. Wir meinen die unermüdlichen Aktivist*innen im Klimaaktionsbündnis, die Alternativen zur fossilen Energie pushen? Geht es um die Betreiber des BMW-Autohauses oder um die Busfahrer*innen? Um Bankvorstände oder Bäcker? Immobilieninvestoren oder Stadtreiniger? ... Es kommt immer auf den Blickwinkel an.

Und der muss sich ändern, wenn es gelingen soll das ökologische Desaster, den Klimawandel zu bewältigen. Eine ökologische Transformation muss zugleich eine soziale sein, weil sie sonst auf Kosten der Mehrheit geht und auf Kosten der Demokratie. Vielen Menschen ist bewusst, dass nicht die Reichen bezahlen werden, wenn es um die Kosten für den Umbau hin zur Klimaneutralität geht. Eher wird Haushalten der Strom abgestellt, im Sommer das Wasser rationiert

oder das öffentliche Schwimmbad wegen der Gaskrise nicht mehr beheizt, als dass Reiche auf ihre Privatflieger oder Pools verzichten müssen.

Die Haushaltsentscheidungen in unserer Stadt können das Ganze nicht heilen, aber wir können einen Unterschied machen. Wir können deutlicher in sozialer und ökologischer Absicherung steuern. Und wir können die Initiativen für gutes Zusammenleben jenseits von ressourcenfressendem Wachstum besser unterstützen.

Ein kleines Beispiel ist die Dauerzahlstelle Flughafen Kassel GmbH. Seit über 10 Jahren wird dieses Prestigeobjekt des damaligen Ministerpräsidenten Koch mit Millionenzahlungen vom Land, vom Landkreis und von Kassel gepampert. Wenn das Ding endlich wieder zurückgestuft würde zum Landeplatz, dann könnten wir uns deftige Geschäftsführergehälter und aufwändige Sicherheitseinrichtungen sparen. Dann stünde hier im Haushalt eine halbe Million mehr zur Verfügung, zum Beispiel um Busverbindungen zu verbessern.

Ein anderes Beispiel ist die geplante Investition in Videoüberwachung und Straßensperren. 500.000 Euro. Die gleiche Summe wurde auch im letzten Haushalt beschlossen. Was ist daraus geworden? Wir wollen erstmal wissen, ob sowas die Sicherheit verbessert, bevor noch mehr davon beschafft wird. Vor allem weil Sie eine ganze Reihe Anträge abgelehnt haben, weil dafür kein Geld übrig ist.

Am meisten hat mich das empört beim Stadtjugendring, der für die Jugendfreizeitarbeit knapp 100.000 Euro mehr Geld braucht, was auch der Jugendhilfeausschuss so sieht. Das ist wirklich ein falsches Signal!

Der Magistrat hat einen Haushalt vorgelegt, der zu wenig in diese Richtung umsteuert, auch wenn er nicht viel Falsches enthält.

Ich möchte mich – auch im Namen der Linksfraktion – bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung bedanken. Für die die ganze Vorarbeit und vor allem auch für gründliche und verständliche Beantwortung unserer Fragen! Ihrer Kompetenz ist es zu verdanken, dass ein Haushalt vorliegt der funktioniert - zumindest in diesem Jahr.

Im Gegensatz dazu war und wirkt der neue Kämmerer auffällig unbeteiligt. Herr Nölke, dass Sie sich in der wichtigen Phase der Einarbeitung und Vorbereitung des verspäteten HH-Entwurfes unserer Stadt lieber mit FDP-Scharmützel beschäftigen und Unterschriften sammeln für das Aus der Bundesregierung, spricht Bände. Das hat Kassel nicht verdient!

Als kleine Fraktion ohne Finanzverwaltung konnten wir nicht jeden Posten prüfen, aber wir haben und reingekniet, nachgefragt und mit verschiedenen engagierten Gruppen und vielen von Armut betroffenen Menschen gesprochen.

Herausgekommen sind Haushaltsanträge, die Kassel gerechter machen würden:

Der größte Posten wäre der Nulltarif für alle, die auf Transferleistungen angewiesen sind und Anspruch haben auf die Teilhabecard. Das hat die Koalition abgelehnt.

Der zweite größere Posten wäre ein Pool bezahlter Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die dazu beitragen, dass alle zu ihrem Recht kommen. Ein großer Teil der Kasselerinnen und Kasseler ist nicht mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen und für viele ist das Amtsdeutsch unverständlich. Deshalb ist Übersetzungsarbeit nötig und das kann nicht auf die ehrenamtlich Aktiven und sozialen Träger abgewälzt werden. Es ist löblich, dass Beschäftigte aus der

Stadtverwaltung dafür eingesetzt werden, aber dann bleibt ja die andere Arbeit liegen und oft sind die Wartezeiten im Bürgeramt so schon zu lang. Aus den Vorträgen im Pakt für Armut wissen wir, dass weit über die Hälfte aller Ansprüche auf Unterstützungsleistungen gar nicht eingelöst werden. Weil sich Menschen schämen, weil sie nicht Bescheid wissen oder weil sie nicht verstehen. Sehr schade, dass Sie auch da nicht mitgehen.

Dann wollten wir eine Summe von 100.000 Euro dem Pakt gegen Armut zur Verfügung stellen, als Nothilfefonds, damit akute finanzielle Nöte nicht zu Wohnungsverlust oder ähnlich dramatischen Situationen führen. Haben sie abgelehnt, weil angeblich kein Bedarf.

Unsere Anträge auf Zuschüsse für antirassistische, demokratische, kulturelle und soziale Initiativen haben sie auch alle abgelehnt. Obwohl nichts davon überflüssig wäre – im Gegenteil.

Stattdessen durfte die FDP noch einen Topf weiteren zur Förderung von Unternehmensgründungen aufmachen ...

Überhaupt hat diese selbst ernannte Koalition der Vernunft alles Abgelehnt was von uns oder auch von der SPD an Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen zum Haushalt eingebracht worden ist.

So borniert war nicht einmal der vorherige Kämmerer und OB Geselle. Da ist doch an der einen oder anderen Stelle nochmal nachjustiert worden nach den ausführlichen Beratungen im Ausschuss.

Die neue Kommunikationskultur habe ich mir anders vorgestellt. Das gilt übrigens auch für die Frage, mit welcher Begründung welche Baumaßnahmen von der Stadt jetzt vorgezogen werden.

Nach dieser internen Prioritätenliste haben wir in der ersten Lesung gefragt und da hat Herr Nolda noch versprochen, dass wir die neue Liste alsbald bekommen. Ist aber nicht geschehen. Und dann hat der neue OB in der zweiten Lesung geantwortet, man hätte eine Pressemitteilung verschickt und das sei genug.

Gegenüber ehrenamtlichen Stadtverordneten ist das ein unfreundlicher Akt – demotivierend und ärgerlich. Aber schlimmer ist die Haltung, der Ton, der Habitus, aus dem so etwas wie Arroganz der Macht hervortritt. Und die ist wirklich gefährlich, weil rechte Populisten antidemokratische Ressentiments damit anheizen.

Das wollen wir nicht- im Gegenteil! Eine Stadt wie die AfD sie will, würde alle Einrichtungen aushungern, die Nicht-Biodeutschen Menschen unterstützen, besondere Schwierigkeiten zu meistern. Eine Stadtgesellschaft nach dem Willen der AfD wäre feindselig und missgünstig, ungerecht und rassistisch. Wie gut, dass die große Mehrheit das nicht will und wie gut, dass so viele auch gemeinsam auf die Straße gehen, damit Demokratie und Solidarität nicht verloren gehen.